

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XXV
Literaturverzeichnis	XXIX

Kapitel 1. Entstehung und Systematik des BGB

§ 1. Historische Grundlagen und Entstehung des BGB	1
I. Die Bedeutung der historischen Grundlagen für die Fortentwicklung des BGB	1
II. Der Kodifikationsstreit und die Privatrechtsentwicklung im 19. Jahrhundert	1
III. Von der <i>lex Miquel-Lasker</i> bis zum BGB	2
IV. Die Materialien zum BGB und seiner Reformen als Auslegungsgrundlage	4
V. Einfluss des Europarechts	5
§ 2. Die Systematik des BGB	6
§ 3. Das Abstraktionsprinzip	8
I. Grundlagen	8
II. Rechtsfolgen	9
III. Zusammenfassung	10

Kapitel 2. Rechtsfähigkeit, Rechtssubjekte und Objekte

§ 4. Grundlagen	11
I. Die Rechtsfähigkeit	11
1. Begriff und historische Entwicklung	11
2. Natürliche Person	11
3. Juristische Person und Personengesellschaft (Gesamthandsgesellschaft)	13
4. Rechtsfähigkeit und Geschäftsfähigkeit	15
5. Parteifähigkeit und Prozessfähigkeit	15

II.	Namensrecht (§ 12)	16
III.	Unternehmer, Verbraucher und Kaufleute	17
IV.	Sachen und Tiere	19
1.	Bewegliche und unbewegliche Sachen	19
2.	Res extra commercium und öffentliche Sachen	19
3.	Wesentliche Bestandteile und Zubehör	21
4.	Vertretbare und verbrauchbare Sachen	25
5.	Tiere	25
6.	Früchte und Nutzungen	27
V.	Zusammenfassung und Kontrollfragen	29
1.	Zusammenfassung	29
2.	Kontrollfragen	30
§ 5.	Der Verein	30
I.	Erlangung der Rechtsfähigkeit	30
II.	Der „nicht rechtsfähige“ Verein	31
III.	Das Recht des eingetragenen Vereins	32
1.	Die Vertretung	32
2.	Haftung des Vereins und seiner Mitglieder	34
3.	Haftung von Vorständen und sonstigen Mitgliedern	35
4.	Die Willensbildung im Verein	36
IV.	Vertretung und Haftung beim nicht eingetragenen Verein	38
1.	Vertretung durch den Vorstand	38
2.	Haftung der Mitglieder	39
V.	Zusammenfassung und Kontrollfragen	40
1.	Zusammenfassung	40
2.	Kontrollfragen	41

Kapitel 3. Die Willenserklärung

§ 6.	Der Tatbestand der Willenserklärung	42
I.	Die historischen Grundlagen	42
II.	Die Begriffe Willenserklärung und Rechtsgeschäft	43
1.	Unterschied zwischen Willenserklärung und Rechtsgeschäft	43
2.	Willenserklärung mit Realakt als Rechtsgeschäft	43
3.	Eine Willenserklärung als Rechtsgeschäft	43

III.	Die Voraussetzungen der Willenserklärung	44
1.	Unterscheidung zwischen äußerem und innerem Tatbestand ..	44
2.	Der innere Tatbestand der Willenserklärung	44
IV.	Abgrenzung zwischen Rechtsbindung und nicht rechtlichen Vereinbarungen (insbesondere Gefälligkeiten)	49
V.	Freibleibende „Angebote“	53
VI.	Angebot mit Selbstbelieferungsvorbehalt	54
VII.	Zusammenfassung, Gutachtenaufbau und Kontrollfragen	55
1.	Zusammenfassung	55
2.	Gutachtenaufbau	56
3.	Kontrollfragen	56
§ 7.	Scheingeschäft, geheimer Vorbehalt und Scherzerklärung	57
I.	Das Scheingeschäft (§ 117)	57
1.	Begriff und Geschichte des Scheingeschäfts	57
2.	Die Anwendung des § 117	57
II.	Der geheime Vorbehalt (Mentalreservation)	59
1.	Tatbestand und Entstehung des § 116 S. 1	59
2.	Der erkannte geheime Vorbehalt (§ 116 S. 2)	60
3.	Die nicht empfangsbedürftige Willenserklärung in Mentalreservation	61
4.	Mehrere Erklärungsempfänger	62
III.	Die nicht ernst gemeinte Erklärung – Scherzerklärung (§ 118)	62
1.	Begriff und Geschichte der Scherzerklärung	62
2.	Die Anwendung des § 118	63
3.	Das „misslungene“ Scheingeschäft	64
4.	Die „Schmerzerklärung“	65
IV.	Zusammenfassung, Gutachtenaufbau und Kontrollfragen	66
1.	Zusammenfassung	66
2.	Gutachtenaufbau	67
3.	Kontrollfragen	67
§ 8.	Abgabe und Zugang von Willenserklärungen	67
I.	Die historischen Grundlagen des § 130	67
II.	Verkörperte Erklärungen und abwesender Adressat	68
1.	Abgabe	68
2.	Der Zugang – Grundsätze	70
3.	Einschreiben	71

4. Zugang im elektronischen Geschäftsverkehr	72
5. Abgabe und Zugang bei anwesenden Adressaten	74
III. Abgabe und Zugang mündlicher Erklärungen	75
1. Vernehmungstheorie – Grundsätze	75
2. Anderes Sprachverständnis des Empfängers mündlicher Erklärungen	77
IV. Widerruf der Willenserklärung vor Zugang (§ 130 Abs. 1 S. 2) ...	78
1. Allgemeines	78
2. Frühere Kenntnisnahme des späteren Widerrufs	78
3. Tatsächliche Kenntnis vor Zugang und Widerruf	79
V. Zugangsstörungen	80
1. Zurechenbare Zugangsstörungen	80
2. Arglistige Zugangsvereitelung	81
3. Temporäre Abwesenheit des Adressaten	81
4. Unzureichende Sprachkenntnisse des Empfängers	82
VI. Empfangsvertreter und Empfangsbote	84
1. Empfangsvertreter	84
2. Empfangsbote	84
VII. Tod oder Geschäftsunfähigkeit des Erklärenden nach Abgabe der Willenserklärung	87
1. Regelung des § 130 Abs. 2	87
2. Annahmefähigkeit eines Angebots nach § 153	87
VIII. Fehlende Geschäftsfähigkeit oder Tod des Empfängers	88
1. Fehlende volle Geschäftsfähigkeit des Empfängers	88
2. Beschränkte Geschäftsfähigkeit des Empfängers	89
3. Tod des Adressaten	89
IX. Zusammenfassung, Gutachtenaufbau und Kontrollfragen	90
1. Zusammenfassung	90
2. Gutachtenaufbau	90
3. Kontrollfragen	91
§ 9. Die Auslegung einer Willenserklärung	92
I. Die Regelungen der §§ 133, 157	92
1. Objektiver Empfängerhorizont und Auslegungskriterien	92
2. Auslegung bei Einsatz automatisierter Computersysteme	93
3. Auslegung mündlicher Erklärungen – falsches Sprachverständnis	95
4. Vermögensschutz als Zweck eines Vertrags	96

II.	Die „ <i>falsa demonstratio</i> “	97
1.	Historische Grundlagen und „ <i>Haakjöringsköd</i> “	97
2.	„ <i>Falsa demonstratio</i> “ bei formgebundenen Rechtsgeschäften ..	98
3.	Einseitiges Erkennen einer „ <i>falsa demonstratio</i> “	100
III.	Zusammenfassung, Gutachtenaufbau und Kontrollfragen	101
1.	Zusammenfassung	101
2.	Gutachtenaufbau	101
3.	Kontrollfragen	101

Kapitel 4. Der Vertrag

§ 10. Vertragsschluss und Dissens	102	
I.	Übereinstimmende Willenserklärungen (Konsens)	102
1.	Historische Grundlagen des Vertrags als Konsens	102
2.	Die allgemeinen Voraussetzungen des Vertrags	102
3.	Essentialia und accidentalia negotii	103
II.	Vertrag und unvollkommene Verbindlichkeit (Naturalobligation)	103
1.	Fehlende Anspruchsgrundlage	103
2.	Dogmatische Einordnung der Naturalobligation	104
III.	Annahmefristen und verspätete Annahmeerklärungen	105
1.	Gesetzliche Regelungen	105
2.	Verspäteter Zugang und rechtzeitige Abgabe der Annahmeerklärung (§ 149)	106
IV.	Modifizierende Annahme (§ 150 Abs. 2)	106
V.	Konkludente Annahme eines Angebots	107
1.	Der Anwendungsbereich des § 151	107
2.	Konkludenter Vertragsschluss „außerhalb“ § 151	108
VI.	„Faktische Verträge“	110
VII.	„Protestatio facto contraria“	112
1.	Begriff	112
2.	Rechtsfolgen der „Protestatio“	112
VIII.	Vertragsschluss via Internet	114
1.	Automatisierte Bestell- und Buchungssysteme	114
2.	Vertragsschluss bei Internetauktionen	116
3.	Die Optionen „Sofort-Kaufen“ und „Preis vorschlagen“	125
IX.	Vertragsschluss bei sogenannten Kreuzofferten	127

X. Dissens	129
1. Der versteckte Dissens	129
2. Abgrenzung zwischen verstecktem Dissens und Inhaltsirrtum	129
3. Der einseitig erkannte Dissens	130
XI. Das kaufmännische Bestätigungsschreiben	131
1. Abgrenzung zur Auftragsbestätigung	131
2. Dogmatische Einordnung und Rechtsfolgen	131
3. Die Voraussetzungen eines kaufmännischen Bestätigungsschreibens	132
4. Widerspruch und sich kreuzende Bestätigungsschreiben	133
XII. Angebotsannahme durch Schweigen	133
1. Nichtvorliegen einer Willenserklärung als Grundsatz	133
2. Schweigen als Willenserklärung (beredtes Schweigen)	134
3. Schweigen bei mündlichen Vertragsverhandlungen	135
4. Annahmewirkung kraft Gesetzes – insbesondere § 362 HGB	135
5. Erklärungsbewusstsein beim Schweigen mit Zustimmungswirkung	137
XIII. Zusammenfassung, Gutachtenaufbau und Kontrollfragen	138
1. Zusammenfassung	138
2. Gutachtenaufbau	140
3. Kontrollfragen	140
§ 11. Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen	141
I. Die Gesetzessystematik	141
II. Der AGB-Begriff des § 305	141
1. Vorformulierte Bedingungen	141
2. Vielzahl von Verträgen	142
3. Das „Stellen“ der Bedingungen	143
4. Die Individualvereinbarung	144
III. Die Einbeziehung von AGB (§ 305 Abs. 2).	146
1. Ausdrücklicher Hinweis	146
2. Deutschsprachige AGB bei ausländischen Vertragspartnern ..	146
3. Hinweis durch Aushang oder Internetlink	147
IV. Vorrang der Individualabrede (§ 305b)	148
V. Kollidierende AGB der Parteien	149
VI. Überraschende und mehrdeutige Klauseln (§ 305c)	150

VII. Einbeziehung von AGB bei Verwendung gegenüber Unternehmern (§ 310 Abs. 1)	151
VIII. Rechtsfolgen der Nichteinbeziehung von AGB (§ 306).....	152
IX. Die Systematik der AGB-Inhaltskontrolle.	153
1. Die Regelung des § 307	153
2. Die speziellen Verbote der §§ 308, 309	153
X. Die Rechtsfolgen einer unwirksamen AGB-Klausel.....	155
1. Wirksamkeit des Vertrags im Übrigen	155
2. Ausschluss einer geltungserhaltenden Reduktion.....	155
XI. Zusammenfassung, Gutachtenaufbau und Kontrollfragen.....	157
1. Zusammenfassung	157
2. Gutachtenaufbau	158
3. Kontrollfragen	158

Kapitel 5. Die Anfechtung des Rechtsgeschäfts

§ 12. Die Irrtumsanfechtung	159
I. Die dogmatische Einordnung der §§ 119 ff.....	159
1. Willenstheorie und Erklärungstheorie	159
2. Die Kompromisslösung des BGB-Gesetzgebers	159
II. Die einzelnen Anfechtungstatbestände	160
1. Der Erklärungssirrtum	160
2. Der Inhaltsirrtum	163
3. Der Rechtsfolgenirrtum	165
4. Der Kalkulationsirrtum (Berechnungsirrtum).....	165
5. Anfechtung bei Schweigen als Erklärungshandlung.....	169
6. Der Eigenschaftsirrtum (§ 119 Abs. 2)	170
III. Anfechtungserklärung und Anfechtungsfrist	178
1. Die Anfechtungserklärung (§ 143).....	178
2. Richtiger Adressat der Anfechtungserklärung	179
3. Anfechtungsfrist (§ 121)	179
IV. Die Rechtsfolgen der Anfechtung	180
1. Die Nichtigkeit ex tunc	180
2. Fehleridentität (Doppelmangel).....	181
3. Die Regelung des § 142 Abs. 2	183
4. Die Anfechtung nichtiger Rechtsgeschäfte.....	184
5. Der Ersatz des Vertrauensschadens (§ 122)	185

§ 13. Die Anfechtung wegen Täuschung oder Drohung (§ 123)	186
I. Historische Grundlagen	186
II. Die arglistige Täuschung	187
III. Täuschung durch einen Dritten	188
IV. Die widerrechtliche Drohung	189
V. Verhältnis zwischen § 123 und culpa in contrahendo	190
VI. Verhältnis zwischen § 123 und kaufrechtlicher Gewährleistung sowie § 823	191
§ 14. Anfechtung wegen unrichtiger Übermittlung (§ 120)	193
I. Die Entstehungsgeschichte des § 120 – Kölner Telegrafen-Fall	193
II. Versehentliche Falschübermittlung	193
III. Vorsätzliche Falschübermittlung durch Boten	195
1. Meinungsstand	195
2. Ablehnung der Zurechnung	196
3. Die Haftung des arglistigen Boten nach § 179 analog	196
IV. Der Bote „ohne Auftrag“ (Pseudobote)	197
§ 15. Zusammenfassung, Gutachtenaufbau und Kontrollfragen zur Anfechtung	198
I. Zusammenfassung	198
II. Gutachtenaufbau	199
III. Kontrollfragen	202

Kapitel 6. Wirksamkeit und Form des Rechtsgeschäfts

§ 16. Die Form des Rechtsgeschäfts	203
I. Grundsatz der Formfreiheit	203
II. Die Systematik der Formvorschriften	203
III. Der Zweck der Formvorschriften	205
IV. Die Voraussetzungen der einzelnen Formtypen	206
1. Die Schriftform (§ 126)	206
2. Die elektronische Form (§ 126a)	212
3. Die Textform (§ 126b)	214
4. Die notarielle Beurkundung (§ 128)	214

V. Entbehrlichkeit der Form nach Treu und Glauben (§ 242)	216
VI. Heilung eines Formmangels	218
VII. Formerfordernis kraft Vereinbarung – Rechtsfolgen	219
VIII. Zusammenfassung, Gutachtenaufbau und Kontrollfragen	220
1. Zusammenfassung	220
2. Gutachtenaufbau	221
3. Kontrollfragen	222
§ 17. Die Geschäftsfähigkeit	222
I. Historische Entwicklung	222
II. Die gesetzliche Systematik	223
III. Die sogenannte relative Geschäftsfähigkeit	224
IV. Beschränkte Geschäftsfähigkeit	225
1. Rechtlich vorteilhafte Geschäfte	225
2. Der sogenannte „Taschengeldparagraf“ (§ 110)	228
3. Schwebende Unwirksamkeit und Genehmigung	231
4. Einseitige Rechtsgeschäfte eines beschränkt Geschäftsfähigen (§ 111)	232
V. Vorübergehende Störung der Geistestätigkeit und Geschäftsunfähigkeit	234
VI. Erfüllung gegenüber einer nicht voll geschäftsfähigen Person	235
VII. Sonderregelung des § 105a für volljährige Geschäftsunfähige	236
1. Dogmatische Einordnung	236
2. Geringfügige Mittel und Ausschluss nach § 105a S. 2	237
VIII. Partielle Geschäftsfähigkeit (§§ 112, 113)	238
1. Selbstständiger Betrieb eines Erwerbsgeschäfts	238
2. Eingehung eines Dienst- oder Arbeitsverhältnisses	239
IX. Der Einwilligungsvorbehalt für betreute Erwachsene (§ 1903 Abs. 1)	240
X. Das Abstraktionsprinzip bei Geschäften beschränkt Geschäftsfähiger	241
XI. Zusammenfassung, Gutachtenaufbau und Kontrollfragen	242
1. Zusammenfassung	242
2. Gutachtenaufbau	243
3. Kontrollfragen	244

§ 18. Verstoß gegen ein gesetzliches Verbot (§ 134)	244
I. Die historischen Grundlagen	244
II. Die gesetzlichen Verbote	244
III. Die Nichtigkeitsfolge	245
1. Grundsätze	245
2. Nichtigkeit im Ganzen – insbesondere Schwarzarbeitsverträge	245
IV. Nichtigkeit von Verpflichtungs- und Erfüllungsgeschäft	247
§ 19. Sittenwidrigkeit (§ 138)	248
I. Die Regelung des § 138	248
II. Das Tatbestandsmerkmal „gute Sitten“ – Grundlagen	248
III. Grobes Missverhältnis zwischen Leistung und Gegenleistung	249
IV. Knebelungsverträge	250
V. Verstoß gegen geschützte Interessen der Allgemeinheit	251
VI. Sittenwidrige Vereinbarungen im Bereich von Ehe und Familie	252
VII. Verträge über Leistungen sexueller Art	254
VIII. Die Schädigung Dritter	254
IX. Das Wuchergeschäft (§ 138 Abs. 2)	255
X. Rechtsfolgen der Sittenwidrigkeit	257
1. Grundsätze	257
2. Fehleridentität (Doppelmangel)	258
XI. Zusammenfassung, Gutachtenaufbau und Kontrollfragen	259
1. Zusammenfassung	259
2. Gutachtenaufbau	259
3. Kontrollfragen	260
§ 20. Die Teilnichtigkeit (§ 139)	260
I. Historische Grundlagen und Entstehung des § 139	260
II. Der Tatbestand des § 139	260
III. Der mutmaßliche Parteiwille	261
IV. Verhältnis zwischen § 139 und dem Abstraktionsprinzip	262

§ 21. Umdeutung (Konversion) unwirksamer Rechtsgeschäfte (§ 140)	263
I. Grundlagen	263
II. Familien- und erbrechtliche Gestaltungen	263
III. Schuld- und sachenrechtliche Gestaltungen	265
§ 22. Bestätigung eines nichtigen oder anfechtbaren Rechtsgeschäfts	266
I. Bestätigung eines nichtigen Rechtsgeschäfts (§ 141)	266
1. Der Tatbestand des § 141	266
2. Abgrenzung zwischen Bestätigung und Heilung	267
II. Bestätigung eines anfechtbaren Rechtsgeschäfts (§ 144)	267
1. Unterschied zwischen § 141 und § 144	267
2. Die Voraussetzungen des § 144	268
III. Zusammenfassung	269
§ 23. Verfügungsverbote (§§ 135–137)	269
I. Rechtsgeschäftliche Verfügungsverbote (§ 137)	269
II. Gesetzliche und behördliche (gerichtliche) Verfügungsverbote (§§ 135, 136)	270
§ 24. Die Zustimmung (§§ 182 ff.)	272
I. Zustimmung, Einwilligung und Genehmigung – Grundlagen	272
II. Zustimmungsbedürftigkeit kraft Gesetzes	273
1. Gesetzliche Anordnung	273
2. Zustimmungserfordernisse des BGB	274
III. Die Zustimmungserklärung	275
1. Konkludente Erklärung	275
2. Grundsatz der Formfreiheit	275
IV. Adressat der Zustimmungserklärung	275
V. Die Verweigerung der Zustimmung	276
VI. Zustimmung zu einseitigen Rechtsgeschäften	277
VII. Widerruf der Einwilligung (§ 183)	278
VIII. Rückwirkung der Genehmigung	279
1. Genehmigungsfrist	279
2. Rückwirkung bei einseitigen Rechtsgeschäften	280

3. Verzugseintritt und Verjährungsbeginn	280
4. Zwischenverfügungen	281
IX. Die Ermächtigung (§ 185)	282
1. Berechtigung und Ermächtigung	282
2. Die Verkaufskommission	283
3. Der verlängerte Eigentumsvorbehalt	283
4. Fehlende Verfügungsbefugnis des Rechtsinhabers	284
X. Wirksamwerden der Verfügung eines Nichtberechtigten (§ 185 Abs. 2)	284
1. Genehmigung nach § 185 Abs. 2 S. 1 Alt. 1	284
2. Erwerb des Gegenstands durch den Verfügenden (§ 185 Abs. 2 S. 1 Alt. 2)	285
3. Beerbung des Nichtberechtigten (§ 185 Abs. 2 S. 1 Alt. 3)	286
4. Prioritätsprinzip bei mehreren Verfügungen eines Nichtberechtigten (§ 185 Abs. 2 S. 2)	286
XI. Zusammenfassung, Gutachtenaufbau und Kontrollfragen	287
1. Zusammenfassung	287
2. Gutachtenaufbau	288
3. Kontrollfragen	288

Kapitel 7. Bedingung und Befristung

§ 25. Die Bedingung	289
I. Historische Grundlagen	289
II. Aufschiebende und auflösende Bedingung (§ 158)	289
1. Grundbegriffe	289
2. Vereinbarung einer schon eingetretenen Bedingung	290
3. Die Potestativbedingung	290
4. Beendigung des Schwebezustands bei Potestativbedingungen	292
5. Bedingungsfeindliche Gestaltungsrechte	292
6. Geschäftsunfähigkeit vor Bedingungseintritt	293
7. Schuldrechtliche Rückwirkung (§ 159)	294
III. Rückabwicklung bei Eintritt einer auflösenden Bedingung	294
IV. Treuwidrige Verhinderung oder Herbeiführung einer Bedingung (§ 162)	295
V. Haftung während der Schwebezeit (§ 160)	295
1. Bedingte Verpflichtungsgeschäfte	295
2. Bedingte Verfügungsgeschäfte	296

VI.	Schutz bei Zwischenverfügungen (§ 161) – Anwartschaftsrecht	296
1.	Der Tatbestand des § 161 Abs. 1	296
2.	Gutgläubiger Erwerb	297
3.	Zwischenverfügungen über Forderungen	298
4.	Gutgläubiger Erwerb bei bedingter Übereignung	299
VII.	Der einseitige Verzicht auf eine Bedingung	299
VIII.	Zusammenfassung, Gutachtenaufbau und Kontrollfragen	300
1.	Zusammenfassung	300
2.	Gutachtenaufbau	301
3.	Kontrollfragen	301
§ 26. Die Befristung (§ 163)	301	
I.	Allgemeines	301
II.	Abgrenzung zwischen Bedingung und Befristung	302
§ 27. Fristen, Termine und Zeitrechnung	302	
I.	Anwendungsbereich der §§ 187 ff.	302
II.	Der Gregorianische Kalender – Definitionen	303
III.	Fristbeginn und Fristende (§§ 187, 188)	303
1.	Der Fristbeginn	303
2.	Das Fristende	304

Kapitel 8. Die Stellvertretung

§ 28. Der Tatbestand des § 164	306	
I.	Die historische Entwicklung des Vertretungsrechts	306
II.	Grundlagen der Stellvertretung	306
1.	Begriffe des Vertretungsrechts	306
2.	Die Zurechnungsvoraussetzungen des § 164 im Überblick	307
III.	Der Offenkundigkeitsgrundsatz	308
1.	Grundlagen – Abgrenzung zwischen Vertreter und Bote	308
2.	Unternehmensbezogene Rechtsgeschäfte (§ 164 Abs. 1 S. 2)	309
3.	Das sogenannte Geschäft für den, den es angeht	310
IV.	Handeln <i>unter</i> fremdem Namen	311
1.	Grundsätze	311
2.	Geschäft des wahren Namensträgers	312
V.	Irrtümliches Auftreten des Vertreters im eigenen oder fremden Namen	313

VI. Die Vertretungsmacht	314
1. Der gesetzliche Vertreter	314
2. Rechtsgeschäftliche Vertretungsmacht nach BGB und HGB – Überblick	316
3. Der Missbrauch der Vertretungsmacht	317
VII. Vertretung ohne Vertretungsmacht	319
§ 29. Das Recht der Vollmacht (§§ 167 ff.)	320
I. Innen- und Außenvollmacht	320
II. Formfreiheit der Vollmacht (§ 167 Abs. 2)	322
III. Generalvollmacht	323
IV. Untervollmacht	324
V. Vollmacht und Abstraktionsprinzip – Fehleridentität	325
VI. Duldungsvollmacht	327
VII. Widerruf und Erlöschen der Vollmacht	328
1. Widerruf durch Willenserklärung	328
2. Erlöschen des zugrunde liegenden Rechtsverhältnisses	329
3. Verzicht des Bevollmächtigten auf die Vollmacht	329
4. Tod des Bevollmächtigten	330
5. Tod des Vollmachtgebers	330
6. Fiktion des Fortbestehens im Auftragsrecht	331
§ 30. Die Anfechtung der Vollmacht	331
§ 31. Vertretungsmacht kraft Rechtsscheins	334
I. Rechtsscheinhaftung nach den §§ 170 ff.	334
1. Fortdauer einer Außenvollmacht (§ 170)	334
2. Anwendung des § 170 bei unwirksamer externer Vollmacht? .	335
3. Kundgabe einer Innenvollmacht (§ 171)	335
4. Widerruf nach § 171 Abs. 2 und Ausschluss nach § 173	336
5. Rechtsscheinhaftung bei Vollmachtsurkunden (§ 172)	336
II. Abredewidriges Ausfüllen einer Blanketturkunde	339
III. Anscheinsvollmacht	341
1. Dogmatische Grundlagen	341
2. Voraussetzungen	341
§ 32. Willensmängel und Wissenszurechnung nach § 166	345
I. Irrtum und Kenntnis des Vertreters (§ 166 Abs. 1)	345

II. Der Tatbestand des § 166 Abs. 2	346
III. Wissensvertreter und Wissensaufspaltung	347
1. Grundlagen	347
2. Wissenszurechnung bei juristischen Personen und Personengesellschaften	348
§ 33. Das Insichgeschäft (§ 181)	349
I. Begriff und historische Entwicklung	349
II. Der Grundtatbestand des § 181	350
III. Lediglich rechtlich vorteilhaftes Geschäft	350
IV. Befreiung von § 181 – Geschäfte zwischen „Ein-Mann-GmbH“ und Geschäftsführer	351
V. Insichgeschäfte einer Partei kraft Amtes	351
VI. Einschaltung eines Untervertreters	352
VII. Rechtsfolgen	352
VIII. Insichgeschäft zum Zwecke der Erfüllung einer Verbindlichkeit	353
§ 34. Die Haftung des Vertreters ohne Vertretungsmacht (§ 179)	355
I. Dogmatische Einordnung der Vertreterhaftung	355
II. Haftungsausschluss bei Widerruf nach § 178	356
III. Wahlrecht des anderen Teils	357
1. Dogmatische Einordnung	357
2. Bindung an die Wahl	357
3. Rechtsfolgen der Wahl des Erfüllungsanspruchs	357
4. Der Schadensersatzanspruch	358
IV. Ersatz des Vertrauensschadens nach § 179 Abs. 2	359
V. Ausschluss der Vertreterhaftung nach § 179 Abs. 3	359
§ 35. Zusammenfassung, Gutachtenaufbau und Kontrollfragen	360
I. Zusammenfassung	360
II. Gutachtenaufbau	362
III. Kontrollfragen	363

Kapitel 9. Verjährung und Ausübung von Rechten

§ 36. Die Verjährung	364
I. Die Systematik des Verjährungsrechts.....	364
II. Der Zweck der Verjährung	364
III. Die Rechtsfolge der Verjährung – Verjährungseinrede	365
1. Die Einrede des § 214 im Prozess.....	365
2. Ausschluss der Rückforderung bei Leistung trotz Verjährung.....	366
3. Aufrechnung und Zurückbehaltungsrecht nach Verjährung ..	366
IV. Die Verjährungsfristen und ihr Beginn.....	367
1. Die regelmäßige Verjährungsfrist des § 195	367
2. Besondere Verjährungsfristen	368
V. Neubeginn und Hemmung der Verjährung	370
1. Der Neubeginn der Verjährung (§ 212).....	370
2. Die Hemmung der Verjährung	370
VI. Parteivereinbarungen über die Verjährung	372
VII. Zusammenfassung, Gutachtenaufbau und Kontrollfragen.....	373
1. Zusammenfassung	373
2. Gutachtenaufbau	373
3. Kontrollfragen	374
§ 37. Ausübung und Durchsetzung von Rechten	374
I. Staatliche Durchsetzung privater Rechte nach der ZPO	374
II. Einstweiliger Rechtsschutz	375
III. Das Schikaneverbot (§ 226)	375
IV. Die Notwehr (§ 227).	376
V. Der Notstand (§§ 228, 904)	378
VI. Die Selbsthilfe (§§ 229 ff).....	379
VII. Zusammenfassung, Gutachtenaufbau und Kontrollfragen.....	381
1. Zusammenfassung	381
2. Gutachtenaufbau	381
3. Kontrollfragen	382

Antworten zu den Kontrollfragen	383
Anhang I. Systematisches Entscheidungsregister.....	393
Anhang II. Probleme und Streitfragen des BGB AT	402
Anhang III. Musterklausuren mit Lösung.....	407
1. Klausur. Anfängerklausur	407
2. Klausur. Fortgeschrittenenklausur	409
Sachverzeichnis	415